

**POLITISCHES POSITIONSPAPIER**

Gemeinsam die Energiewende klimafreundlich, sozial und wirtschaftlich gestalten

Die Energieversorgung befindet sich heute im Spannungsfeld Klimaschutzpolitischer, sozialer und wirtschaftlicher Zielstellungen. Ein Beitrag der Unternehmen zum Klimaschutz durch Investitionen bspw. in energieeffiziente Technologien wird auch von der Politik und Verwaltung explizit erwartet. Die Corona-Pandemie, der Krieg in der Ukraine und die damit verbundenen Lieferengpässe und steigenden Energiepreise erhöhen den Handlungsdruck. Einige Unternehmen sehen in dieser Situation eine Chance, sich neu und nachhaltiger auszurichten, viele erweitern ihre bisherigen Anstrengungen für den betrieblichen Klimaschutz, andere hingegen stehen vor Herausforderungen, mehr Investitionen für Klimaschutzmaßnahmen vorzunehmen. Es bestehen dabei zahlreiche Hindernisse, die es der Großzahl der Berliner Unternehmen erschwert, eigenständig an der Energiewende teilzunehmen. Diese Herausforderungen gilt es im engen Austausch zwischen Wirtschaft, Politik, Wissenschaft und Gesellschaft zu beseitigen, um somit zu einer stärkeren Dynamisierung der Energiewende beizutragen.

Hohes betriebliches Engagement bei aktuell steigendem Kostendruck



Für mehr als zwei Drittel der Berliner Wirtschaft nimmt die **nachhaltige Energieversorgung einen mittleren bis hohen Stellenwert** ein. Fast genauso viele **planen Strom aus erneuerbaren Quellen** zu beziehen, befinden sich derzeit **in der Realisierung** oder haben bereits **Maßnahmen hierzu umgesetzt (64 Prozent)**.



Auch der **Aufbau von eigenen erneuerbaren Energieversorgungskapazitäten (22 Prozent der Betriebe)** oder die **Anschaffung von Stromspeichern (21 Prozent)** wird innerhalb der Unternehmen eruiert.



Dennoch bestehen weiterhin einige Hürden, die eine erfolgreiche Energie-Transformation im Unternehmen erschweren. Demnach wird einer der größten Auswirkungen der Energiewende und der nun auch steigenden Ausgaben für Strom und Energie, der **Verlust der Wettbewerbsfähigkeit genannt (40 Prozent)**.



Deshalb befürwortet **ein Großteil der Berliner Wirtschaft (59 Prozent) Steuern und Abgaben auf den Strompreis zu senken**. Fast ein Viertel der Betriebe **(24 Prozent)** spricht sich für den **Fortbestand von Entlastungsregelungen bei den Energiekosten** aus, um somit zum **Erhalt der internationalen Wettbewerbsfähigkeit** beizutragen. Die Ausgestaltung von Entlastungsprogrammen sollte demnach nicht nur energie- und stromintensive, sondern auch weitere stark betroffene Branchen inkludieren.



CO₂-Bepreisung als zentrales Koordinierungselement erhalten

Die Berliner Wirtschaft steht dem Instrument der CO₂-Bepreisung positiv entgegen. Fast die Hälfte der Berliner Wirtschaft (**47,6 Prozent**) sieht die **CO₂-Bepreisung als ein geeignetes Instrument** an, um Klimaschutz in der Wirtschaft voranzubringen und nimmt dies zum Anlass, bei Investitionen verstärkt auf klimafreundliche Technologien zu setzen (**48,8 Prozent**).



*Während **26,5 Prozent** der Betriebe, die CO₂-Bepreisung als Gefahr für Ihre Wettbewerbsfähigkeit einstufen, sind mehr als die Hälfte (**55 Prozent**) hiervon nicht betroffen.*

Das **Fundament für eine effektive und effiziente Steuerung der Klimaschutzziele** zu volkswirtschaftlich geringstmöglichen Kosten, sollte eine marktwirtschaftliche Koordination über die Lenkungsfunction eines CO₂-Preises sein. Ergänzt werden muss dieser Baustein um einen klugen Mix aus Förderung, öffentlichen Investitionen, Informations- und Beratungsangeboten, einer Entbürokratisierung des bestehenden ordnungsrechtlichen Rahmens sowie Abgabe- und Umlagesystems.



*Darüber hinaus befürworten einige Stimmen aus der Wirtschaft, dass zum einen die CO₂-Preise von nationalem und europäischen Emissionshandel angehoben und angeglichen werden (**20,7 Prozent**) und die CO₂-Bepreisung auf alle Sektoren, Technologien und Energieträger ausgeweitet werden, um somit einen fairen Wettbewerb herzustellen (**29 Prozent**).*

Energiewende nicht ohne Energieeffizienz

Für fast zwei Drittel der Berliner Wirtschaft hat die **Einsparung von Energie** in den letzten zwölf Monaten **sehr viel mehr an Bedeutung gewonnen**. Die Corona-Pandemie und der Ukraine-Krieg und die damit verbundenen Lieferengpässe, haben die Energie- und Rohstoffpreise stark steigen lassen. Aufgrund der energiewirtschaftlichen- und politischen Veränderungen, haben bereits 74 Prozent der Betriebe **Maßnahmen zur Steigerung Ihrer Energieeffizienz geplant, realisiert oder befinden sich derzeit in der Umsetzungsphase**. Die drei Maßnahmen, die am häufigsten umgesetzt werden, sind die **Qualifizierung** von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern zum

Thema Energieeffizienz (66 Prozent), **Prozessoptimierungen**, um den Rohstoff- und Materialverbrauch zu reduzieren (43 Prozent) und **Investitionen in effiziente Technik** (41 Prozent). 30 Prozent der Betriebe geben an, dass Ihnen allerdings Mittel für Projekte zu Einsparmaßnahmen fehlen.

Die Energiewende umfasst nicht nur den Übergang von fossilen auf erneuerbare Energien, sondern auch Maßnahmen zur Einsparung und dem effizienten Umgang von Energie. Besonders in Zeiten von Lieferengpässen und steigenden Energiepreisen, muss das Thema **Energieeffizienz stärker in den Fokus der Öffentlichkeit** genommen werden. Hier gilt es die vielen **Umsetzungsmaßnahmen besser zu kommunizieren, Wirtschaft und Privatnutzer zu beraten und Förderprogramme** für den Einsatz von z.B. smarter Technologie (wie intell. Heizthermostate; intell. Mess- und Steuerungsgeräte, digitales Monitoring der Verbräuche und Kosten etc.) **unbürokratisch mit ausreichend Fördersummen, anzubieten**. Dabei ist es 43 Prozent der Berliner Betriebe wichtig, dass die **Wirtschaftlichkeit, Freiwilligkeit und Technologieoffenheit Leitprinzipien** für Energieeffizienzmaßnahmen sind.

Die Energiewende ist vor allem eine Wärmewende

Zwei Drittel der Berliner Wirtschaft hat **noch keine Maßnahmen ergriffen**, um auf CO₂-ärmere Wärmeerzeuger zu wechseln. Obgleich es einigen Unternehmen nicht immer möglich ist von fossilen Energiequellen auf nachhaltige umzusteigen (da z. B. 68 Prozent von ihnen keine Gebäudeeigentümer sind), ist dies eines von vielen Indizien, dass die avisierte und dringend notwendige Wärmewende nur sehr langsam voranschreitet. Raumwärme, Prozesswärme und Warmwasser machen ungefähr die Hälfte des Energieverbrauchs in Deutschland aus. Um bis 2045 die Treibhausgasemissionen auf ein klimaneutrales Niveau zu senken, ist es nötig, die Wärmeversorgung umzugestalten und die energetische Gebäudesanierung schnell voranzutreiben. Die besondere sozioökonomische Struktur Berlins muss dabei beachtet werden, insbesondere die sozialen Aspekte bei der energetischen Gebäudesanierung in der „Mietstadt Berlin“.



Unternehmen erkennen immer deutlicher, dass die Entwicklung in Richtung der zirkulären Wertschöpfung, bei der der Wert von Materialien möglichst lange erhalten bleibt, dazu beitragen kann, kritische Rohstoffabhängigkeiten zu reduzieren. Insbesondere vor dem Hintergrund der zunehmend instabilen geopolitischen Lage entwickeln sich resilientere Wertschöpfungsketten zu einem strategischen Wettbewerbsvorteil für Unternehmen. Weitere Vorteile für Betriebe liegen neben resilienteren Wirtschaftskreisläufen in der Rohstoffsicherung, der Material- und damit Kostenersparnis und der Emissionsreduktion. Zusätzlich begünstigt das zunehmend umweltbewusste und sozial verantwortungsvolle Verbraucherverhalten zirkuläre Unternehmensansätze.

Hierbei gilt es insbesondere zu beachten:

1. Projektmanagement - Effektive Strukturen für eine effiziente Umsetzung der Wärmewende in Berlin schaffen: Neben der zentralen politischen Steuerung der Klimapolitik bedarf es eines zentralen (Gesamt-)Projektmanagements der Verwaltung und unter Einbindung der Expertise aus Wirtschaft und Wissenschaft und in direkter Partnerschaft mit den Unternehmen der Stadt. Darüber hinaus ist eine **Analyse der Gesamtsituation des Berliner Wärme- und Gebäudesektors** notwendig (z. B. wie viele Gasetagenheizungen gibt es im Bestand; Explorationskampagne zur tiefen Geothermie etc.).
2. Priorisierung – Begrenzte Ressourcen und Kapazitäten anhand des klimapolitischen Nutzens allokatieren: Die Priorisierung nach CO₂-Effekten und Kosten bei Auswahl von Maßnahmen ist notwendig. Eine ausgewogene Komposition folgt dabei einem technologieneutralen Ansatz und setzt tendenziell auf weniger, dafür umso wirkungsvollere und effizientere, Maßnahmen im Sinne der **größten Hebelwirkung für das Erreichen der Klimaziele** (u. a. „Worst-First-Prinzip“).
3. Partnerschaftlichkeit: Die Lasten des Klimaschutzes müssen transparent gemacht und fair verteilt werden: Lieferengpässe, die Corona-Pandemie und der Ukraine-Krieg lassen derzeit die Kosten für die Gebäudesanierung weiter in die Höhe schnellen. Eine wirkungsvolle Klimapolitik muss diese Aspekte nicht nur transparent machen, sie muss insbesondere eine **gerechte Verteilung der Lasten zwischen öffentlicher Hand, Eigentümer und Investor sowie Nutzer und Mieter organisieren**.

Wasserstoff und Umweltwärme:

Bestehende Infrastrukturen nutzen, fehlende ausbauen

Bislang planen nur 13 Prozent der Berliner Betriebe **Maßnahmen zur Nutzung von Wasserstoff**. Bei der Nutzung von Abwärme sieht es bereits etwas besser aus. Hier haben bereits 23,6 Prozent Maßnahmen geplant, umgesetzt oder befinden sich derzeit im Prozess, während 76 Prozent noch nichts dergleichen geplant haben.



Das Interesse an der Nutzung von Wasserstoff fällt jedoch um einiges höher aus:

46 Prozent befürwortet, dass der Zugang zu Wasserstoff als Energieträger für Unternehmen aller Branchen und in allen Regionen hergestellt wird.

Jedoch stellt sich bei einem von fünf Unternehmen die fehlende Infrastrukturanbindung als einer der größten Hindernisse bei den eigenen Transformationsbemühungen für mehr Klimaschutz dar.

Um den Zugang zu CO₂-armen und CO₂-neutralen Wasserstoff zu erweitern, kann für dessen Transport und Speicherung **auf die bestehende Gas-Netzinfrastruktur zurückgegriffen** werden, eine im doppelten Sinn ressourcenschonende Option. Das Land Brandenburg hat bereits eine Wasserstoff-Roadmap erstellt. Wenn Berlin den Einstieg in diese Zukunftstechnologie nicht verpassen und die wirtschaftlichen Chancen in einem milliarden schweren Zukunftsmarkt nicht verspielen will, dann muss umgehend der **Austausch mit Brandenburg stattfinden und eine gemeinsame Wasserstoff-Strategie** erstellt werden. Um auch die **Abwärme- und Umweltwärmepotenziale** (wie Geothermie) weiter zu erschließen, sollte auch hier die **erforderliche Infrastruktur den zukünftigen Bedarfen angepasst werden**.



Mehr Austausch, mehr Aufklärung, mehr Antrieb

Der im Frühjahr 2022 eingeführte senatsübergreifende Klimaschutzausschuss ist ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung. Seine Aufgabe ist es als politisches Steuerungsinstrument, die Einhaltung der Berliner Klimaziele zu überwachen, ressortübergreifende Zielkonflikte zu lösen und bei drohender Verfehlung der Reduktionsziele mit zusätzlichen Klimaschutz-Maßnahmen nachzusteuern.

Um Transparenz zu schaffen und die Bedarfe, Hürden und möglichen Lösungswege anderer Interessensgruppen zu erkennen, zu verstehen und für den weiteren Antrieb der Energiewende zu nutzen, ist ein **regelmäßiger Austausch zwischen dem neuen Senatsausschuss Klimaschutz, den Bezirken und dem Klimaschutzrat** von zentraler Bedeutung. Darüber hinaus sollte die **Steuerung und Koordination von Klima- und Ressourcenschutz Chefsache** sein und **zentral in der Senatskanzlei angehängen** werden, um die strategische Gesamtausrichtung sowie eine Verknüpfung der ressortspezifischen Aktivitäten sicherzustellen. **Berlin kann jedoch in der Transformation zu einer nachhaltigen Metropolregion, nicht ohne Brandenburg gedacht werden.** Demnach ist auch auf Länderebene, die gemeinsame Entwicklung und Abstimmung von Zielen, Strategien, Maßnahmen und Instrumenten sinnvoll.

Summa summarum: eine **nachhaltige und effiziente Umsetzung der Energiewende, kann ohne eine verbesserte Kommunikation nicht funktionieren.** Je mehr untereinander sowie auch in die Öffentlichkeit kommuniziert wird, desto wahrscheinlicher ist eine steigende Dynamik beim Klimaschutz.

Wandel von innen: Verwaltungsprozesse dynamisieren

Für die Hälfte der Berliner Unternehmen stellt die hohe Bürokratie einer der größten Hindernisse bei der eigenen Transformation für mehr Klimaschutz dar und nimmt somit Platz eins unter zahlreichen anderen Hürden ein.

Um die Energiewende und den Klimaschutz zügig voranzubringen, ist es demnach entscheidend, dass die Politik insbesondere die **Planungs- und Genehmigungsverfahren beschleunigt.** **64 Prozent der Berliner Wirtschaft** gewichten diese politische Maßnahme als am wichtigsten. Insbesondere sollte die **gemeinschaftliche Eigenversorgung sowie Direktlieferverträge entbürokratisiert** und für weite Teile der Wirtschaft vereinfacht werden (so 42 Prozent der Unternehmen) und schnellere **Genehmigungsverfahren für den Übertragungsnetzausbau** zustande kommen (so 29 Prozent). Die Hälfte der Berliner Unternehmen befürwortet außerdem, dass der **Ausbau aller Formen erneuerbarer Energien ins öffentliche Interesse** gestellt und **Verfahrenshürden** wie Personalengpässe und Abwägungskonflikte **abgebaut werden.** Darüber hinaus, wünscht sich mehr als ein Drittel der Berliner Unternehmen, dass **ordnungsrechtliche Vorgaben auf kommunaler Ebene nur dort greifen, wo EU und Bund Regelungslücken gelassen haben.**

Demnach braucht es innerhalb der Verwaltung **projektbezogene Task-Forces**, die in parallellaufenden Planungs- und Genehmigungsprozessen klimafreundliche Investitionen und Innovationen beschleunigen. Um die **Genehmigungs- und Verwaltungsprozesse** zu beschleunigen, sollten diese grundsätzlich **analysiert** werden. Hier gilt es darauf zu achten, welche Ämter an den Prozessen beteiligt sind, welche Phasen durchlaufen werden müssen und für wie lange. Bereits aufgetretene Probleme sollten protokolliert und zur Kenntnis genommen werden und in neu aufgesetzten Prozessen vermieden werden. Die **Verantwortungsbereiche** sollten **klar zugeteilt** werden, um Doppelstrukturen sowie Unklarheiten zu vermeiden.



Handlungsempfehlungen im Überblick

- p Austausch in der Metropolregion und zwischen Fachausschuss, Bezirken und Klimaschutzrat verstetigen
- p Steuerung von Klima- und Ressourcenschutz zur Chefsache machen
- p Genehmigungs- und Verwaltungsprozesse analysieren und beschleunigen; Einsatz von projektbezogenen Task-Forces
- p Entlastungsprogramme ausweiten auf weitere von hohen Energiekosten stark betroffene Branchen (z. B. durch Senkung der Steuern und Abgaben auf Strompreis)
- p Wärmewende durch effektives Projektmanagement, Maßnahmenpriorisierung und faire Lastenverteilung zügig voranbringen
- p Energieeffizienzmaßnahmen in den Fokus rücken und dabei Wirtschaftlichkeit, Freiwilligkeit und Technologieoffenheit berücksichtigen
- p CO₂-Bepreisung als zentrales Steuerungsinstrument
- p Bestehende Infrastrukturen nutzen, fehlende zügig ausbauen
- p Ausbau aller Formen erneuerbarer Energien ins öffentliche Interesse stellen und Verfahrenshürden wie Personalengpässe sowie Abwägungskonflikte abbauen zügig ausbauen

Ziele für die nachhaltige Entwicklung

Die vorliegende Position nimmt Bezug auf die folgenden Ziele für nachhaltige Entwicklung der Vereinten Nationen:



Hintergrund Positionspapier



Die IHK Berlin bezieht Aspekte nachhaltiger Entwicklung explizit und transparent in die Vertretung des Gesamtinteresses der Berliner Wirtschaft ein. Die vorliegende Position spiegelt das differenzierte Meinungsbild der Berliner Wirtschaft samt Mehrheits- und Minderheitenmeinungen wider. Sie ist Ergebnis einer breit angelegten Konsultation der IHK-Mitgliedsunternehmen und anschließender Legitimierung durch die IHK-Vollversammlung. Externe Akteure wurden zu sozialen, ökologischen und ökonomischen Dimensionen von Nachhaltigkeit einbezogen und gehört.

ANSPRECHPARTNER:IN

Larissa Scheu

Telefon: +49 171 3537 884

E-Mail: larissa.scheu@berlin.ihk.de